

Bericht zur Frühlingssession 2026 inkl. Legislaturrückblick

Autor: Carlos Reinhard, Fraktionspräsident FDP.Die Liberalen
Datum: 18. März 2026

Sitzungszeiten (Grundlage als FDP-Vertreter und ohne Kommissionssitzungen)

Tag	Datum	Sitzungskategorie	Stunden
DO	26.02.2026	Fraktion	6.00
FR	27.02.2026	Fraktion	2.50
MO	02.03.2026	Fraktion	2.50
MO	02.03.2026	Grossrat-Parlament	3.00
DI	03.03.2026	Grossrat-Parlament	7.75
MI	04.03.2026	Grossrat-Parlament	7.75
DO	05.03.2026	Grossrat-Parlament	5.25
MO	09.03.2026	Fraktion	1.75
MO	09.03.2026	Grossrat-Parlament	3.00
DI	10.03.2026	Grossrat-Parlament	7.75
MI	11.03.2026	Grossrat-Parlament	7.75
DO	12.03.2026	Grossrat-Parlament	5.25
MO	16.03.2026	Grossrat-Parlament	5.00
Total Sitzungszeit (ohne Kommissionen und Unterlagenstudium)			65.25

Einige Statistiken zur Session

Anzahl Ordnungsanträge	3	Anzahl Traktanden Verhandlung	101
Anzahl Anträge, Planungserklärung	89	Total Traktanden (inkl. IP)	140
		Anzahl Vereidigungen	2
Anzahl Stichentscheide GR-Präsident	0	Anzahl Wahlen (inkl. Justizneuwahlen)	7
Anzahl Abstimmungen	276	Davon FDP-Likes 😊 (Abst.-Gewinne)	254
Anzahl Freie Debatten	64	Anzahl Reduzierte Debatten	37
Anzahl organisierte Debatten	0	Anzahl Wandlungen Motion-Postulat	11
Zurückgezogene Vorstösse/Anträge	17	In die nächste Session verschoben	0

Aktuelle Zusammensetzung der Fraktionen

Fraktionen								
Sitze	18	44	34	19	12	16	9	7

Total der Sitze: 160 (davon 1 Fraktionslose)

Aktuelle Positionierung der Fraktionen im Grossrat Kanton Bern



Fraktionssitzungen

Am Donnerstag führte uns die Fraktionssitzung ins Haslital nach Innerkirchen zur KWO. Neben den Sessionsgeschäften wurden wir von CEO Daniel Fischlin aus erster Hand über die Herausforderungen der zukünftigen Stromversorgung informiert. Eine anschliessende Betriebsführung ermöglichte uns zudem einen eindrücklichen Einblick in den Betrieb vor Ort.

Ein herzlicher Dank geht an Peter Flück, der diesen besonderen Anlass organisiert und auch das Abschiedsapéro grosszügig mitgetragen hat. Für Peter war es zugleich die letzte Donnerstag-Fraktionssitzung. Auch dafür möchte ich ihm herzlich danken und seine langjährige Verbundenheit und seinen Einsatz würdigen.

Nach der Frühlingssession trifft sich die Fraktion im April 2026 ein letztes Mal in diesem Kreis zu einer gemeinsamen Abschlussfeier im Saanenland – zusammen mit ehemaligen Mitgliedern sowie Partnerinnen und Partnern. Der Anlass bietet die schöne Gelegenheit, die gemeinsame Wegstrecke dieser Legislatur nochmals zu würdigen und die abtretenden Mitglieder in einem feierlichen und verdienten Rahmen zu verabschieden.

Philipp Roth für Stephan Lack



Stephan Lack hat seinen Wohnsitz aus dem Kanton Bern verlegt und musste daher kurzfristig aus dem Grossen Rat ausscheiden. Sein Sitz wurde von Philipp Roth (Ittigen) übernommen, der sich bereits von Beginn weg aktiv und mit eigenen Voten in die Ratsarbeit eingebracht hat. Herzlich willkommen im Grossen Rat, Philipp Roth.

Sessionsbeschlüsse

Das Sessionsprogramm und Beschlüsse sowie das Videoarchiv sämtlicher Voten der vergangene Sommersession, findet man mit dem folgenden Link:

<https://www.gr.be.ch/de/start/sessionen/fruehlingsession-2026/sessionsprogramm.html>

Bemerkungen zu einigen ausgewählten Traktanden

Quelle einzelner Textinhalte: Grossrats-Webseite Kanton Bern

Hier eine Zusammenfassung der Entscheidungen im Telegrammstil:

Montag, 2. März 2026

Der bernische Grosse Rat hat am Montag...

- einen Bericht über die Zugehörigkeitsdauer in Kommissionen mit 132 zu 20 Stimmen angenommen.
- ein Postulat für eine Untersuchung der Mehrkosten bei der Einführung des Klinikinformationssystems Epic am Berner Inselspital mit 93 zu 58 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Die Geschäftsprüfungskommission habe bereits Untersuchungen angestossen, hiess es im Rat.
- beschlossen, bei nächster Gelegenheit eine Lücke im Personalgesetz zu schliessen. Es geht um Kostenersatz für Grossratsmitglieder, wenn sie in Ausübung ihres Amtes durch Dritte in ein Verfahren gezogen werden. Der Rat verabschiedete den Vorstoss einstimmig mit 148 Stimmen bei einer Enthaltung.
- eine Änderung des Gesetzes über die Organisation des Regierungsrats und der Verwaltung einstimmig mit 144 Stimmen bei zwei Enthaltungen in erster Lesung

angenommen. Zum einen werden die ständigen Fachkommissionen des Regierungsrats umfassender geregelt. Zum anderen wird die Zusammenarbeit der Regierung mit anderen Kantonen erstmals präziser auf Gesetzesebene definiert.

Dienstag, 3. März 2026

- auf Anregung des kantonalen Jugendparlaments eine Motion für eine Kampagne im öffentlichen Raum und im öffentlichen Verkehr gegen sexuelle Gewalt und Belästigung gutgeheissen – mit 113 zu 31 Stimmen bei 3 Enthaltungen.
- eine Motion für die Einführung eines Flüchtlingsparlaments nach Vorbild des Bundes und des Kantons Aargau abgelehnt mit 51 zu 91 Stimmen bei 3 Enthaltungen.
- die Bildungsinitiative des Berufsverbandes Bildung Bern mit 65 zu 85 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Nun kommt das Volksbegehren vors Volk. Die Initiative will gute Bildungsqualität in der Verfassung festschreiben.
- einen Verpflichtungskredit von 30,6 Millionen Franken für die Neugestaltung des Eingangs West des Freilichtmuseums Ballenberg einstimmig gesprochen. Ein Antrag auf Deckelung des Beitrags bei 27 Millionen hatte im Rat keine Chance.
- diskussionslos und einstimmig einen Vorstoss zur Beibehaltung der Finanzierung der Urheberrechtsgebühren für Bibliotheken durch den Kanton überwiesen.
- eine FDP-Motion überwiesen, die Lockerungen im Denkmalschutz bei kantonalen Bauten fordert. Der Rat stimmte mit 83 zu 56 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.
- eine weitere FDP-Motion überwiesen, die Lockerungen im Denkmalschutz bei Schulgebäuden fordert. Der Rat stimmte den insgesamt fünf Punkten der Motion klar zu.
- einem mehrere Punkte umfassenden Postulat zur Flexibilisierung und zum Ausbau des Numerus Clausus in der Physiotherapie zugestimmt. Einzelne Punkte wurden als erledigt abgeschrieben.
- ein Postulat zur Förderung der Französischkompetenzen und Stärkung des Sprachaustauschs einstimmig angenommen.
- eine Motion für zweisprachige Bildungsgänge an der Volksschule mit 79 zu 46 Stimmen bei einer Enthaltung überweisen. Der Kanton muss alles Nötige unternehmen, damit Gemeinden, die dies wollen, zweisprachige Klassen in der Volksschule führen können.

Mittwoch, 4. März 2026

- einen Vorstoss mit 107 zu 42 Stimmen bei 1 Enthaltung überwiesen, der fordert, den Informations- und Datenaustausch mit fortführenden Schulen besser zu gewährleisten. Es geht dabei unter anderem um bildungsrelevante Hintergründe, Diagnosen oder Schwierigkeiten von Schülerinnen und Schülern.
- ein Postulat mit 48 zu 99 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt, welche die Weiterbildung von geringqualifizierten Personen durch Bildungsgutscheine fördern wollte.
- Dem Stadtberner Energieunternehmen EWB die Wassernutzungskonzession für das Projekt Energiezentrale Aare erteilt. Der Grosse Rat sagte einstimmig mit 132 Stimmen ja.
- für den Umzug des Berufsbildungszentrums IDM in Thun einstimmig mit 132 Stimmen Gelder gesprochen. Es ging um wiederkehrende Ausgaben von knapp 360'000 Franken für die kommenden zehn Jahre und 3,97 Millionen Franken für einmalige Ausgaben für den Ausbau und das Einrichten der Unterrichtsräume.
- einstimmig mit 152 Stimmen einen Verpflichtungskredit von 10,4 Millionen Franken für die Sanierung des kantonalen Verwaltungsgebäudes Ringhof in Bern gesprochen.
- einstimmig mit 139 Stimmen einen Kredit von 2,1 Millionen Franken für den Hochwasserschutz im Rübeldorf in der Gemeinde Saanen gesprochen.

- einen Sammelbeschluss für die Weiterführung kantonaler Anmieten einstimmig mit 146 Stimmen angenommen.
- einem Verpflichtungskredit für die Anmiete und Einrichtung einer neuen Polizeiwache im Bahnhof Bern einstimmig mit 148 Stimmen zugestimmt.
- den Angebotsbeschluss über den öffentlichen Verkehr für die Jahre 2027 bis 2030 einstimmig mit 143 Stimmen bei 4 Enthaltungen genehmigt. Zahlreiche Wünsche aus den Regionen wurden zur Prüfung zurückgewiesen.
- den Investitionskredit öffentlicher Verkehr für die Jahre 2027 bis 2030 einstimmig genehmigt mit 141 Stimmen.
- neue Richterinnen und Richter gewählt.
- einen Zusatzkredit von 1,7 Millionen Franken für die Anmiete von Raum für die Berufsschule "ceff Artisanat" an der Salzhausstrasse in Biel genehmigt mit 136 zu 9 Stimmen bei 4 Enthaltungen.
- einen Bericht mit verschiedenen Planungserklärungen zum Immobilienportfolio und zu Bauprojekten des Amts für Grundstücke und Gebäude einstimmig mit 145 Stimmen zur Kenntnis genommen.
- einen Amortisationsvertrag mit den Kraftwerken Oberhasli für das Pumpspeicherwerk Grimsel 4 einstimmig mit 144 Stimmen genehmigt.
- eine Motion knapp mit 72 zu 68 Stimmen bei 3 Enthaltungen überwiesen für eine Meldepflicht statt einer Baubewilligung für Klimaanlage, die mit selbst erzeugtem Strom betrieben werden.
- ein Postulat mit 116 zu 28 Stimmen bei 2 Enthaltungen überweisen, das fordert, dass der Kanton den Weiterbau der RBS-Linie zum Inselspital prüft.
- ohne Debatte einem Vorstoss mit 141 zu 3 Stimmen zugestimmt, der verlangt, dass der Kanton Bern sich beim Bund und bei den SBB dafür einsetzt, dass die Zahl an internationalen Direktzügen von und nach Bern sowie aus dem und ins Berner Oberland zunimmt.
- mehrere Punkte eines Vorstosses überwiesen, der verlangt, dass nicht publikumsrelevante Standorte der Kantonsverwaltung aus der Berner Innenstadt an andere Orte verlegt werden, so dass der Kanton langfristig finanziell profitiert.

Donnerstag, 5. März 2026

- mit 150 zu 0 Stimmen eine überparteiliche Motion überwiesen: Der Kanton Bern soll touristische Buslinien künftig mitfinanzieren können.
- ein Postulat mit 90 zu 56 Stimmen gutgeheissen. Der Regierungsrat muss gegen seinen Willen prüfen, ob Bauherren künftig auf die Erstellung eines eigenen Spielplatzes verzichten können, wenn sie stattdessen eine Abgabe an die Gemeinde bezahlen.
- einstimmig eine Motion überwiesen und damit den Regierungsrat beauftragt, die Auswirkungen des Wasserkraftprojekts am Freiburger Schiftenensee für Trinkwasser, Landwirtschaft und Umwelt im Seeland zu untersuchen.
- mit 83 zu 61 Stimmen einen Vorstoss von Beat Kohler (Grüne/Meiringen) abgelehnt. Er forderte eine Standesinitiative, damit Kantone Gebühren auf stark touristisch genutzten Passstrassen erheben können.
- eine Motion von Sandra Schneider (SVP/Biel) mit 83 zu 66 Stimmen abgelehnt. Der Vorstoss verlangte, dass die Poller auf der Bieler Reuchenettestrasse und die aufgemalten Fussweg-Markierungen wieder entfernt werden.
- mit 87 zu 61 Stimmen eine Motion von Elisabeth Dubler (Grüne/Bern) abgelehnt. Der Regierungsrat muss demnach keine neue Verordnung erarbeiten, welche die Ziele zu Luftqualität, Lärm und CO2 im Verkehr bündelt und verbindlich macht.

- ein Postulat von Beat Kohler (Grüne/Meiringen) angenommen und es sogleich abgeschrieben. Der Vorstoss drehte sich um die Sicherheit auf touristisch stark genutzten Strassen.
- den Jahresbericht des Regierungsrats über die Aussenbeziehungen des Kantons einstimmig zur Kenntnis genommen.

Montag, 9. März 2026

- ein Postulat von Jan Remund (Grüne), das die Prüfung einer CO2-Schuldenbremse forderte, in Teilen überwiesen. Der Kanton muss nun eine Auslegeordnung der Treibhausgasmissionen erstellen.
- einstimmig eine Richtlinienmotion von Martin Schlup (SVP) überwiesen, die sich um den Wildverbiss in Schutzwäldern dreht.
- verlangt, dass die Schadenbeurteilung bei Wildtierschäden an eine externe Fachstelle ausgelagert wird. Der Rat überwies das breit abgestützte Postulat mit 109 zu 38 Stimmen bei vier Enthaltungen.
- mit 84 zu 65 Stimmen einen Vorstoss von Bruno Vanoni (Grüne) als Postulat überwiesen: Der Regierungsrat prüft, ob temporäre ökologische Ausgleichsflächen – sogenannte Popup-Biotop – auf dem Verordnungsweg ermöglicht werden können.
- gegen den Willen der Regierung entschieden, dass Gemeinden mit den entsprechenden Ressourcen künftig selbst Bewilligungen im Gastgewerbe erteilen können. Er überwies die Motion von Claude Grosjean (GLP) mit 127 zu 13 Stimmen bei 11 Enthaltungen.
- die zweite Lesung des revidierten Sozialhilfegesetzes in Angriff genommen.

Dienstag, 10. März 2026

- das revidierte Sozialhilfegesetz mit 108 zu 34 Stimmen mit 11 Enthaltungen verabschiedet. Den vorgesehenen Selbstbehalt für die Gemeinden ersetzte er durch ein "Transparenzmodell". Ausserdem sprach er mehr Mittel für Kinder und Jugendliche in der Sozialhilfe.
- die Opferhilfestrategie mit 136 zu 5 Stimmen bei 7 Enthaltungen zur Kenntnis genommen und damit in Kraft gesetzt. Er verabschiedete zudem eine Reihe an Planungserklärungen.

Mittwoch, 11. März 2026

- mit 98 zu 44 Stimmen eine Richtlinienmotion von Thierry Gagnebin (SP) überwiesen und sogleich abgeschrieben, welche die Bevölkerung mit den Risiken einer Überschuldung vertraut machen wollte.
- eine breit abgestützte Motion "für eine zukunftsfähige Grundversorgung" von Melanie Gasser (GLP) in den meisten Punkten einstimmig überwiesen. Die Regierung muss nun unter anderem Innovationsprojekte im Gesundheitswesen priorisieren.
- ein Postulat von Samuel Kullmann (EDU) knapp abgelehnt, das zusätzliche präventive Handlungsoptionen gegen Schwangerschaftsabbrüche anregte.
- das neue Gesetz zum berufsmässigen Personentransport durch Taxi und andere Fahrzeuge mit 105 zu 47 Stimmen verabschiedet. In der zweiten Lesung beschloss der Rat, dass plattformbasierte Fahrdienste wie Uber und Bolt künftig ein vereinfachtes Bewilligungsverfahren durchlaufen. Klassische Taxis behalten dafür gewisse Privilegien.
- einen Verpflichtungskredit von jährlich 288'000 Franken für die Sicherheitsaufgaben im Berner Amthaus mit 102 zu 51 Stimmen verabschiedet. Rückweisungsanträge einer Kommissionsminderheit waren chancenlos.

- der Beschaffung eines neuen Wasserwerfers für rund 3,2 Millionen Franken mit 117 zu 26 Stimmen bei sieben Enthaltungen zugestimmt.
- eine Motion von Karin Berger-Sturm (SP), die eine Stärkung der gemeinnützigen Arbeit als Vollzugsform forderte, mit 86 zu 62 Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen.
- mit 106 zu 36 Stimmen eine Motion von Oriana Pardini (SP) überwiesen: Der Regierungsrat soll sich beim Bund mit einer Standesinitiative dafür einsetzen, dass Ersatzfreiheitsstrafen künftig auch in gemeinnützige Arbeit umgewandelt werden können.

Donnerstag, 12. März 2026

- einer temporären Containeranlage zur Entlastung des Berner Strafvollzugs mit 78 zu 75 Stimmen bei drei Enthaltungen zugestimmt. Die Motion von André Roggli (Mitte) fordert eine verkleinerte Variante der im Herbst 2024 versenkten Containererweiterung beim Regionalgefängnis Burgdorf.
- eine Motion von Milena Daphinoff (Mitte) überwiesen, die "Super-Recognizers" zur Stärkung der Polizeiarbeit forderte. Weil die Kantonspolizei bereits ein entsprechendes Pilotprojekt verfolgt, schrieb das Parlament die meisten Punkte sogleich ab. Die Regierung muss ihm aber nun nach Abschluss des Piloten einen Bericht vorlegen.
- die Regierung einstimmig damit beauftragt, sich für den interkantonalen Datenaustausch im Bereich des Gewaltschutzes einzusetzen. Die Motion von Melanie Gasser (GLP) hat zum Ziel, dass Kontakt- und Annäherungsverbote künftig schweizweit verfügt werden.
- eine Motion von Alice Kropf (SP), die eine unabhängige Ombudsstelle für polizeiliches Handeln forderte, mit 87 zu 65 Stimmen abgelehnt. Die Ratsmehrheit wollte keine "Parallelstrukturen".
- die Regierung damit beauftragt, mehr gegen extremistische Gewalt zu unternehmen. Die Motion von Andreas Hegg (FDP) forderte unter anderem ein Frühwarnsystem für Radikalisierung und eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgung, Nachrichtendiensten und Integrationsbehörden.
- eine Motion von Andreas Hegg (FDP), wonach sich der Kanton Bern beim Bund für eine beschleunigte Ausschaffung abgewiesener Asylsuchender einsetzen soll, in sämtlichen Punkten überwiesen. Der Regierungsrat hatte erfolglos Abschreibung beantragt.
- eine konsequente Ausschaffung von kriminellen und verurteilten Ausländerinnen und Ausländern gefordert. Er überwies die Motion von Hans Schär (FDP) mit 87 zu 55 Stimmen bei zwei Enthaltungen und schrieb sie sogleich ab.
- einen Bericht über die Risiken durch die Abschaltung des UKW-Radionetzes in Notfallsituationen verlangt. Das entsprechende Postulat der FDP-Fraktion überwies er einstimmig.
- zwei Begnadigungsgesuche mit 2 zu 132 beziehungsweise 2 zu 134 Stimmen abgelehnt.
- einen Bericht zu den Kirchensteuern für juristische Personen mit 86 zu 56 Stimmen zurückgewiesen. Die Regierung muss nun eine freiwillige Kirchensteuer vertieft prüfen.

Montag, 16. März 2026

- einen Vorstoss mit 88 zu 50 Stimmen bei 3 Enthaltungen überwiesen, wonach Gemeinden ihren Auftrag für die amtliche Vermessung nicht alle acht Jahre neu ausschreiben müssen. Stattdessen soll der Vertrag jeweils um vier weitere Jahre verlängert werden können.
- einen Vorstoss mit 95 zu 46 Stimmen bei 5 Enthaltungen überwiesen, der Verbesserungen bei der Inkassohilfe bringen soll.

- einen Vorstoss mit 83 zu 57 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt, der eine Sensibilisierungskampagne forderte, um den Nichtbezug von Sozialleistungen zu senken.
- einen sieben Punkte umfassenden Vorstoss angenommen, der einfachere Verfahren für die Modernisierung von touristischen Anlagen zum Ziel hat.
- einen Vorstoss mit knapp mit 74 zu 68 Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen, der fordert, die Aufgaben der Regierungsstatthalterämter zu überprüfen.
- in zweiter Lesung die Steuergesetzrevision 2027 einstimmig mit 143 Stimmen bei 2 Enthaltungen verabschiedet. Sie bringt unter anderem eine Glättung der Progression für tiefere und mittlere Einkommen.
- in zweiter Lesung Änderungen des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich angenommen mit 106 zu 31 Stimmen bei 10 Enthaltungen. Mit den Änderungen werden neu auch Burgdorf und Langenthal eine Pauschalabgeltung für Zentrumslasten erhalten. Der Beitrag der Stadt Bern wird gekürzt, was verschiedene Parlamentarier als "Strafaktion" der bürgerlichen Ratsmehrheit gegen die linksgrüne Stadt Bern deuteten.
- einen Vorstoss mit 131 zu 8 Stimmen bei 6 Enthaltungen überwiesen für eine miliztaugliche IT-Infrastruktur für die Mitglieder des Grossen Rats.
- Zwei Vorstösse wurden zurückgezogen, nämlich jener zur Verminderung von Bürokratie beim Eintritt in ein auswärtiges Alters- und Pflegeheim sowie jener zur Objektsteuer auf Zweitwohnungen.

Sessionsfazit

Die Frühlingssession des Grossen Rates war aus meiner Sicht eine sehr erfolgreiche Session – für mich persönlich, für die FDP und für eine Politik der Vernunft im Kanton Bern. Unsere Fraktion konnte nicht nur mehrere eigene Vorstösse durchbringen, sondern auch bei wichtigen Grundsatzfragen entscheidende Akzente setzen. Das zeigt: Bürgerliche Politik wirkt dann besonders stark, wenn sie konkrete Probleme anpackt, praxistaugliche Lösungen liefert und Fehlentwicklungen rechtzeitig stoppt.

Besonders erfreulich ist, dass zahlreiche von der FDP initiierte Geschäfte im Rat angenommen wurden. Dazu gehören Vorstösse zur inneren Sicherheit und zur Prävention extremistischer Gewalt, zur rascheren Ausschaffung abgewiesener Asylbewerber, zur konsequenteren Ausschaffung krimineller Ausländer, zur Krisenkommunikation bei einem Ausfall von UKW, zum Bürokratieabbau in der amtlichen Vermessung und zur Vereinfachung von Verfahren bei touristischen Infrastrukturen. Hinzu kamen weitere erfolgreiche FDP-Vorstösse wie "Kantonales Gebäudeinventar: Schutz und Wirtschaftlichkeit im Gleichgewicht halten", "Kein Denkmal-Dogma auf Kosten der Steuerzahlenden – Schulbauten bezahlbar sanieren und erneuern" sowie "Flexibilisierung und Ausbau des Numerus clausus in der Physiotherapie". Diese Geschäfte zeigen exemplarisch, wofür die FDP steht: Sicherheit, Verlässlichkeit, wirtschaftliche Vernunft, bezahlbare staatliche Lösungen und bessere Rahmenbedingungen für Bevölkerung und Wirtschaft. Wieder ausdrücklich dazu gehört auch die von mir im Namen der FDP eingereichte Motion „Modernisierung touristischer Infrastrukturen erleichtern – Verfahren vereinfachen (Tourismusstrategie)“. Gerade für das Berner Oberland ist das ein wichtiges Signal. Wer den Tourismus stärken will, muss dafür sorgen, dass notwendige Erneuerungen und Modernisierungen von Anlagen und Infrastrukturen nicht an unnötig komplizierten Verfahren scheitern.

Ein besonders wichtiger Erfolg dieser Session war zudem das neue Steuergesetz. Mit dieser Vorlage konnte eine erste Steuersenkungsstrategie für den Kanton Bern vorgebracht werden. Das ist ein starkes Signal für den Standort Bern. Wer arbeitet, investiert, unternehmerisches Risiko trägt und Arbeitsplätze schafft, darf nicht immer stärker belastet werden. Gerade im interkantonalen Wettbewerb braucht Bern endlich wieder eine glaubwürdige Entlastungsperspektive. Das neue Steuergesetz ist deshalb weit mehr als eine technische

Gesetzesänderung – es ist ein Richtungsentscheid zugunsten von Leistungsbereitschaft, Mittelstand und Standortattraktivität.

Erfolg in der Politik bedeutet aber nicht nur, eigene Forderungen durchzubringen. Erfolg bedeutet auch, neue Fehlanreize, zusätzliche Staatsaufgaben und neue Belastungen zu verhindern. Auch hier war die Frühlingssession aus bürgerlicher Sicht wichtig. So konnten Vorstösse abgewehrt werden, die auf ein kantonales Flüchtlingsparlament, auf eine Lenkung des Freizeitverkehrs auf Strassenpässen oder auf die Prüfung einer CO₂-Schuldenbremse im Kanton Bern hinausliefen. Solche Ideen mögen auf den ersten Blick gut klingen, führen in der Praxis aber oft zu mehr Staat, mehr Verwaltung, mehr Regulierung und letztlich auch zu neuen finanziellen Belastungen. Es ist richtig, dass der Grosse Rat solchen Forderungen Grenzen setzt.

Auch mein eigenes Anliegen zur freiwilligen Kirchensteuer für juristische Personen bleibt politisch auf Kurs. Mein Vorstoss war bereits vom Grossen Rat überwiesen worden. In der weiteren Behandlung wurde nun verlangt, dass dieser Punkt noch vertiefter geprüft und verbessert wird. Im Zentrum stehen dabei insbesondere Varianten einer schrittweisen Umsetzung oder mögliche Kompensationsmassnahmen. Das ist aus meiner Sicht sinnvoll. Denn wenn man ein überholtes System modernisieren will, braucht es einen tragfähigen und politisch umsetzbaren Weg. Entscheidend ist: Die Grundsatzfrage bleibt auf dem Tisch. Die Diskussion darüber, ob Unternehmen weiterhin zwangsweise Kirchensteuern bezahlen sollen, obwohl sie selbst keine Glaubensgemeinschaft sind, ist noch lange nicht abgeschlossen.

Mein Fazit nach dieser Frühlingssession ist klar: Die FDP hat geliefert. Wir haben eigene Vorstösse erfolgreich durchgebracht, wir haben beim Steuergesetz eine wichtige Weichenstellung erreicht und wir haben zugleich neue staatsgläubige Ausbauiden abgewehrt. Genau das erwarten die Bürgerinnen und Bürger zu Recht von einer bürgerlichen Partei: nicht schöne Schlagworte, sondern konkrete Resultate. Ich werde mich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass der Kanton Bern sicher, frei, wirtschaftsfreundlich und finanziell vernünftig bleibt.

Legislaturabschluss – Fazit aus Sicht des Fraktionspräsidenten (Stand Februar 2026/ohne Frühlingssession 2026)

Mit dem Abschluss der Legislatur 2022–2026 geht eine politisch intensive und für den Kanton Bern richtungsweisende Zeit zu Ende. Es waren Jahre, in denen der Ruf nach mehr Staat, mehr Regulierung, mehr Ausgaben und immer neuen Ansprüchen an die öffentliche Hand nochmals deutlich lauter geworden ist. Gerade in diesem Umfeld war es entscheidend, dass im Grossrat eine Kraft konsequent für Eigenverantwortung, wirtschaftliche Vernunft, verlässliche Finanzen und liberale Grundwerte eingestanden ist. Diese Rolle hat die FDP. Die Liberalen Kanton Bern mit Klarheit wahrgenommen.

Die FDP war in dieser Legislatur eine Fraktion mit Profil, Disziplin und Wirkung. Sie hat nicht einfach kommentiert, sondern gestaltet. Sie hat nicht bloss Schlagworte produziert, sondern konkrete parlamentarische Arbeit geleistet. Und sie hat immer wieder daran erinnert, dass Wohlstand, Arbeitsplätze und Innovationskraft nicht im Staatsapparat entstehen, sondern bei den Menschen und Unternehmen, die täglich Verantwortung übernehmen.

Die vorliegenden öffentlichen Grossratsdaten bis Ende Februar 2026 zeigen ein klares Bild. Die FDP war im Ratsbetrieb präsent, breit abgestützt und politisch wirksam. Sie kommt auf 791 protokollierte Voten von 19 verschiedenen Sprecherinnen und Sprechern. Das zeigt: Die FDP war in den Debatten sichtbar und argumentativ präsent. Sie war keine Fraktion des Abnicken, sondern eine Fraktion des Einbringens.

Noch wichtiger ist die Bilanz bei den Vorstössen. Bis Ende Februar 2026 haben FDP-Mitglieder 36 Hauptvorstösse eingereicht. Von den bereits entschiedenen Hauptvorstössen wurde kein einziger

klar abgelehnt. 14 Vorstösse waren direkt erfolgreich, 10 weitere wurden mindestens teilweise oder in veränderter Form aufgenommen. Das belegt: Die FDP hat nicht einfach Forderungen formuliert, sondern politische Wirkung erzielt. Sie war nicht nur präsent, sondern mehrheitsfähig.

Auch in der Breite hat die Fraktion starke Arbeit geleistet. Insgesamt ergeben sich 445 Beteiligungen an Vorstössen, darunter 72 Hauptvorstösse und 373 Mitvorstösse. Die FDP hat also eigene Themen gesetzt und zugleich in tragfähigen bürgerlichen und sachpolitischen Allianzen Verantwortung übernommen.

Besonders erfreulich ist zudem die Geschlossenheit der Fraktion. Über alle namentlich erfassten Abstimmungen bis Ende Februar 2026 liegt die durchschnittliche innere Geschlossenheit der FDP bei 97,2 Prozent. Gleichzeitig lag die FDP mit ihrer Fraktionsmehrheit in 89,3 Prozent der Abstimmungen auf der Seite des Ratsentscheids. Das zeigt zweierlei: Die FDP war intern sehr geschlossen und politisch in hohem Mass wirksam.

Inhaltlich hat die FDP in dieser Legislatur immer wieder dort Akzente gesetzt, wo es für den Kanton Bern wirklich darauf ankommt: bei guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, bei steuerlicher Fairness, beim Bürokratieabbau, bei einer praxistauglichen Digitalisierung, bei vernünftigen staatlichen Strukturen und bei einer Politik, die Gemeinden, Unternehmen, Familien und den Mittelstand nicht aus den Augen verliert.

Gerade in einer politischen Zeit, in der manche Parteien bei nahezu jedem Problem reflexartig nach dem Staat rufen, hat die FDP eine Gegenposition vertreten: Nicht jeder neue Wunsch braucht ein neues Gesetz. Nicht jedes politische Signal braucht neue Stellen, neue Programme oder neue Ausgaben. Und nicht jede gute Absicht führt automatisch zu guter Politik. Diese liberale Klarheit war und ist für den Kanton Bern zentral.

Die FDP war in dieser Legislatur die Stimme jener Menschen, die diesen Kanton tragen: der Unternehmen, der Gewerbebetriebe, der Arbeitnehmenden, der Familien, der Gemeinden und all jener, die erwarten dürfen, dass Politik nicht an der Realität vorbeigeht. Die Fraktion hat immer wieder daran erinnert, dass staatliches Handeln finanzierbar, umsetzbar und verhältnismässig bleiben muss.

Gerade das unterscheidet liberale Politik von links-grüner Ausbaupolitik. Während andere Kräfte immer neue Ansprüche formulieren und den Staat stetig vergrössern wollen, fragt die FDP nach dem Nutzen, nach den Kosten und nach den Folgen für jene, die am Ende alles finanzieren. Während andere den Staat als erste Antwort sehen, vertraut die FDP auf Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und die Kraft der Gesellschaft. Und während andere gerne verteilen, verteidigt die FDP jene, die zuerst erwirtschaften müssen, was später verteilt werden soll.

Die Zahlen widersprechen auch jener medial gepflegten Erzählung, die FDP sei zu wenig wirksam oder zu wenig nahe bei den Menschen. Wer die parlamentarische Arbeit dieser Legislatur nüchtern betrachtet, sieht das Gegenteil: Die FDP war eine der wirksamsten Fraktionen im Rat. Und sie war dort stark, wo Politik für die Bevölkerung konkret wird – bei Steuern, Gebühren, Arbeitsplätzen, Mobilität, Versorgungssicherheit, Bildung, Bürokratie und der Frage, wie viel Staat den Menschen zugemutet werden soll. Gerade weil die FDP nicht Politik für Schlagzeilen, sondern für den Alltag macht, ist sie näher bei der Lebensrealität vieler Bürgerinnen und Bürger, als manche mediale Darstellung glauben machen will.

Volksnähe zeigt sich nicht darin, möglichst viele staatliche Versprechen zu machen oder jede neue Anspruchshaltung zu bedienen. Volksnähe zeigt sich darin, die realen Sorgen der Menschen ernst zu nehmen: die steigenden Lebenshaltungskosten, die Belastung durch Abgaben und Gebühren,

die Bürokratie im Alltag, die Sorge um Arbeitsplätze, die Erreichbarkeit, die Gesundheitsversorgung, die Bildung der Kinder und die Frage, ob der Staat noch Mass hält. Genau dort war die FDP in dieser Legislatur präsent. Nicht im politischen Wunschdenken, sondern in der Realität des Alltags.





Diese Legislatur hat deshalb gezeigt: Die FDP ist im Kanton Bern unverzichtbar. Sie ist die bürgerlich-liberale Kraft, die mit Sachverstand, Disziplin und Bodenhaftung arbeitet. Sie steht für Fortschritt mit Augenmass statt für Ideologie mit Preisschild. Sie steht für Freiheit mit Verantwortung statt für Bevormundung mit guten Absichten. Und sie steht für einen Kanton Bern, der leistungsfähig bleibt, weil er seinen Bürgerinnen und Bürgern und seinen Unternehmen etwas zutraut.

Kennzahlen der FDP-Fraktion bis Ende Februar 2026 auf Basis der vorliegenden öffentlichen Grossratsdaten:

- 18 Sitze
- 791 protokollierte Voten
- 19 aktive Sprecherinnen und Sprecher
- 36 Hauptvorstösse
- 445 Vorstossbeteiligungen insgesamt
- 97,2 Prozent durchschnittliche Geschlossenheit bei namentlichen Abstimmungen
- 89,3 Prozent Übereinstimmung der Fraktionsmehrheit mit dem Ratsentscheid
- 0 klare Niederlagen bei den bereits entschiedenen Hauptvorstössen

Die Legislatur 2022–2026 hat damit nicht nur die politische Wirkung der FDP belegt. Sie hat auch gezeigt, dass das Bild einer angeblich abgehobenen oder wenig wirksamen FDP der Realität nicht standhält. Die FDP war nahe bei den konkreten Anliegen der Bevölkerung, klar in ihrer Haltung und stark in ihrer parlamentarischen Arbeit. Gerade darin liegt ihre Stärke: Sie macht keine Politik der Illusionen, sondern Politik für das reale Leben.

Zusammensetzung FDP. Die Liberalen Fraktion 2022-2026

	<p>Carlos Reinhard, Thun <i>Fraktionspräsident</i></p>
	<p>Sandra Hess, Nidau <i>Vize-Fraktionspräsidentin</i></p>
	<p>Daniel Arn, Muri b. Bern <i>Vize-Fraktionspräsident</i></p>
	<p>Peter Bohnenblust <i>bis 15.11.2025 im Rat</i></p>

	Madeleine Deckert, Evilard <i>neu im Rat ab 16.11.2025 für Peter Bohnenblust</i>
	Michael Elsaesser, Kirchberg
	Claudine Esseiva, Bern
	Peter Flück, Interlaken
	Peter Haudenschild, Niederbipp
	Andreas Hegg, Lyss
	Virginie Heyer, Perrefitte
	Corentin Jeanneret, St-Imier
	Hans-Peter Kohler, Spiegel b. Bern
	Stephan Lack, Muri. b. Bern <i>bis 15.12.2025 im Rat</i>

	Pauline Pauli, Nidau
	Sibylle Plüss-Zürcher, Boll
	Bruno Riem, Wichtrach
	Philipp Roth, Ittigen <i>neu im Rat ab 16.12.2025 für Stephan Lack</i>
	Hans Schär, Schönried
	Christoph Patrick Zimmerli, Bern

Für Fragen oder Anregungen stehe ich jederzeit gerne zur Verfügung.

Am Ende dieser Legislatur danke ich meiner Fraktion, dem FDP-Generalsekretariat sowie dem Generalsekretariat des Grossen Rates unter der Leitung von Patrick Trees sehr herzlich für das Vertrauen, die Loyalität und die ausgezeichnete Zusammenarbeit. Politische Arbeit ist immer Teamarbeit. Dass wir in den vergangenen Jahren als Fraktion geschlossen, wirksam und mit klarer Haltung auftreten konnten, ist das Verdienst vieler. Mein herzlicher Dank gilt ebenso den abtretenden Grossratskolleginnen und Grossratskollegen sowie den ausscheidenden Regierungsmitgliedern für ihren Einsatz zugunsten unseres Kantons und für die Zusammenarbeit in dieser Legislatur. Für diese gemeinsame Leistung und die kameradschaftliche Zusammenarbeit bin ich sehr dankbar.

Carlos Reinhard, Thun
carlos.reinhard@gr-gc.be.ch